

Welche Kirche wollen wir?

Zwischenbilanz zur Diskussion um die Personalplanung und die geplante Verwaltungsstrukturreform

Von Hans-Jürgen Volk

Dass es zu viele Baustellen in unserer Kirche gibt, wird von exponierten Repräsentanten der Ev. Kirche im Rheinland durchaus eingeräumt. Verhalten werden Zweifel am Reformprozess und dessen Kohärenz geäußert. Nun redet der im Januar neugewählte Oberkirchenrat Manfred Rekowski erfrischend Klartext und konstatiert eine „Vertrauenskrise in Teilen unserer Kirche“ (Vgl. <http://www.ekir.de/www/service/rekowski-14236.php>). Sollte sich diese Wahrnehmung als Erkenntnisgewinn durchsetzen, hätten sich die Regionalkonferenzen zu den Themen Personalplanung und Verwaltungsstrukturreform gelohnt.

Gründe für den Vertrauensverlust

Es gibt eine Vertrauenskrise, die in ihrer Dimension die Wahrnehmung von Rekowski vermutlich in den Schatten stellt. Und die hat Gründe. Im Kern geht es um die sehr grundsätzliche Frage, welche Kirche wir wollen. Eine Kirche, die wie ein „moderner Dienstleistungskonzern“ funktioniert oder eine Kirche der Vielfalt, in der Leitung primär verstanden wird als Ermutigung und Unterstützung von Initiativen, die aus den Gemeinden und Kirchenkreisen entwickelt werden. Will man diese Kirche steuern durch landessynodal legitimierte Top-Down-Impulse und setzt auf gesetzliche Regelungen in immer größerer Dichte, oder vertraut man dem biblischen Prinzip der Freiwilligkeit und der Ausstrahlungskraft der eigenen Argumente?

Ein offener Diskurs zu diesen Fragen, der alle Ebenen der Landeskirche umfasst, fand bis heute nicht statt. Es war vielmehr für Viele ein Schock, als zu Beginn des Jahres 2006 die Papiere von zwei landeskirchlichen Arbeitsgruppen den Bauplan für den geplanten Umbau der Kirche lieferten. Dieser befand sich trotz eigener Akzente im Einklang mit dem später erschienenen EKD-Impulspapier „Kirche der Freiheit“ und lehnte sich in vielem an den damaligen politischen Prozess an, der zur Agenda 2010 geführt hatte. Die Gemeinden und Kirchenkreise wurden damals in Form von sog. Protokollbögen lediglich um Stellungnahmen in Form von simplen Ja/Nein-Antworten gebeten. Der Bauplan an sich wurde nicht zur Diskussion gestellt, lediglich im Blick auf die Raumaufteilung und die Inneneinrichtung gestand man den unteren Ebenen gewisse Einflussmöglichkeiten zu.

(Ausführlicher hierzu der Beitrag „Corporate Identity“ .- <http://www.zwischenrue-diskussion.de/pages/ekir/corporate-identity.php>)

Unredliche Kampagnen

Für die ev. Kirche im Rheinland war dies eine neue Erfahrung. Von Beginn an war der Reformprozess auch im Rheinland begleitet von unredlichen Kampagnen. Bis heute reagieren ranghohe Exponenten unserer Kirche empfindlich auf den Vorhalt, dass es sich hierbei um eine von der EKD-Ebene inspirierte Top-Down-Strategie handelt. Ja was denn sonst? Die kampagnenartige Untermauerung des

Reformprozesses belegt genau dies. Es ging nicht mehr um einen offenen Diskurs auf Augenhöhe. Es ging vielmehr darum, die gewünschten kirchenpolitischen Ziele mit aller Macht zu erreichen - natürlich in dem Glauben, der Ev. Kirche damit etwas Gutes zu tun. Kritikern des Reformprozesses wurde nicht sachlich begegnet. Man hielt ihnen in einer bemerkenswert einheitlichen Sprachregelung vor, einem „Kirchturmdenken“ verhaftet zu sein und „Angst vor Veränderung“ zu haben. Beschämend ist in diesem Zusammenhang die Verwendung der sog. „einfachen Formel“, die seit Beginn des vergangenen Jahrzehnts für das Jahr 2030 einen Mitgliederverlust von einem Drittel der Gesamtmitgliedschaft (- was EKD-bezogen wahrscheinlich stimmt -) und eine Halbierung der Finanzkraft (- was reine Fiktion ist -) prognostiziert (vgl. hierzu die Beiträge „Nichts als die Wahrheit?“ - <http://www.zwischenrufe-diskussion.de/pages/kirche-und-geld/nichts-als-die-wahrheit.php> oder immer noch aktuell, obwohl aus dem Jahr 2008 „Möglichkeiten und Grenzen kirchlicher Finanzplanung“ - <http://www.zwischenrufe-diskussion.de/pages/kirche-und-geld/moeglichkeiten-und-grenzen-kirchlicher-finanzplanung.php> - . Wer sich intensiver mit dem Thema beschäftigen möchte, dem sei das erhellende Buch von Prof. Gerd Bosbach, „Lügen mit Zahlen“ empfohlen.)

Fehlende publizistische Begleitung, totschiweigen alternativer Positionen

Keine Frage, die Evangelische Kirche im Rheinland gehört zu den Ev. Landeskirchen, die mit großer Offenheit Dokumente zum Reformprozess im Internet veröffentlichen. Wer sich allerdings auf die kirchennahen oder kircheneigenen Printmedien als Informationsquelle verlässt - und dies dürfte immer noch die Masse der kirchlich Engagierten sein - ist grottenschlecht oder gar nicht informiert. In den letzten Ausgaben von „Chrismon Plus“, das von vielen Gemeindegliedern gelesen wird, sind zum rheinischen Reformprozess keine substantiellen Informationen zu finden. Nicht zu fassen ist es, dass das Gleiche für das „EKiR.info“ gilt, das sich an Presbyterinnen und Presbyter richtet. Nirgendwo wird der Diskurs, der auf der landeskirchlichen Ebene stattfindet, transparent dargestellt.

Auf alternative Positionen zum Reformprozess wird in den Medien der Landeskirche gar nicht eingegangen. Wer sich hier informieren will, wird ist angewiesen auf die „Zwischenrufe“, auf www.transparentonline.de oder auf die neu eingerichtete Seite von Manfred Alberti (www.presbyteriumsdiskussion-ekir.de). Es gibt ganze Regionen in unserer Landeskirche, von denen noch kein Mensch etwas von jenem bemerkenswerten Studientag in Düren gehört hat, zu dem im Juni 2011 130 Teilnehmende aus über 50 Gemeinden und verschiedenen Kirchenkreisen zusammenkamen (Vgl. hierzu http://www.evangelischegemeinde-dueren.de/cms/front_content.php?idcat=95&idart=346.) - Ein Kollege wies vor kurzem mit Recht darauf hin, dass auf jede anwesende Person in Düren mindesten 4 weitere kommen, die aus terminlichen Gründen nicht teilnehmen konnten.

Unübersehbar ist das krampfhaftes Anliegen der Landeskirche, die Kontrolle über den Reformdiskurs zu behalten - was diesen im Keim erstickt. Vorherrschend ist die Angst vor einem wirklichen offenen Diskurs. Alternative Positionen werden totgeschwiegen. Dies schafft weder Vertrauen noch ist es ein Zeichen von Souveränität.

Bevor die Kirchenreform so richtig in Gang kam, wurde die Landschaft der unabhängigen evangelischen Publizistik erheblich ausgedünnt, indem man Printmedien wie z.B. der Wochenzeitschrift „Der Weg“ die kirchlichen Zuschüsse entzog. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt! (Vgl. hierzu das Dossier von Publik-

Forum: „Kein Herz für den Journalismus“ - <http://www.publik-forum.de/archiv/kein-herz-fuer-den-journalismus-19342>).

Oft genug hängt es allein von der Person der Superintendentin/des Superintendenten ab, ob Kirchenkreise informiert werden oder nicht - was mit ein Grund für die recht unterschiedliche Befindlichkeit in unserer Landeskirche ist. Die Kirchengemeinde Düren verschickte die Einladung zu dem angesprochenen Studientag u.a. an die Supturen mit der Bitte um Weitergabe. Mit Prof. Isolde Karle war es der Gemeinde gelungen, eine hochkompetente Referentin zu gewinnen, die zuletzt mit ihrem empfehlenswerten Buch „Kirche im Reformstress“ auf sich aufmerksam gemacht hat. Es gibt offenkundig Superintendenten in unserer Landeskirche, die weitaus eher kommerzielles Werbematerial an ihre Gemeinden weiterreichen, als derartige Veranstaltungshinweise!

Wer sich zudem bei zentralen Punkten der Kirchenreform wie der NKF-Umstellung oder der Verwaltungsstrukturreform für teures Geld externe Beratung mit dem entsprechenden ideologischen Hintergrund einkauft, blockt damit synodale Prozesse ab und schafft durch dieses Vorgehen auch nicht unbedingt Vertrauen.

(Vgl. hierzu http://havix01.helium.selfhost.de/media/download_gallery/presbyt-syn_ordnung.pdf)

Fehlende Kohärenz der Reformen am Beispiel des Kirchenkreises Simmern-Trarbach

Rekowski weist völlig zutreffend darauf hin, dass in zahlreichen Kirchenkreisen und Gemeinden seit langem versucht wird, im Bereich der Personalplanung Probleme zu lösen. Immer wieder wird jedoch eigenverantwortliches Agieren durch neue landeskirchliche Regelungen konterkariert, was Zeit und Energie kostet und für Missstimmung sorgt.

Hätte man noch im Jahr 2006 für zentrale Reformanliegen werben wollen, so wäre der Kirchenkreis Simmern-Trarbach ein überzeugendes Beispiel gewesen. Seit langem funktioniert dieser Kirchenkreis, der schon immer zu den finanzschwachen in unserer Landeskirche gehört hat, wie eine Solidargemeinschaft. Die Gemeinden erlebten die Kirchenkreisebene als Förderin bei Bauprojekten, wichtige Impulsgeberin und als Stütze der Arbeit vor Ort. Die fiskalische Stärkung des Kirchenkreises wurde von den Gemeinden einmütig mitgetragen, da die Vorteile offenkundig und spürbar waren.

Ein Beispiel ist die Jugendarbeit, die schon in den 80-er Jahren beim Kirchenkreis angesiedelt und in Regionen organisiert war. In der Regel sind jeweils zwei hauptamtliche Kräfte in den Gemeinden einer Region aktiv. Begleitet werden sie durch regionale Jugendausschüsse. Durch diese Konzeption gelang es bis heute, die Gemeinden flächendeckend im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit mit Hauptamtlichkeit zu versorgen mit insgesamt eindrucksvollen Ergebnissen für dieses Arbeitsfeld.

In den 90-er Jahren unterstützte der Kirchenkreis durch Investitionen in zusätzliche Hauptamtlichkeit von einem massiven Zuzug an Russlanddeutschen betroffene Gemeinden. Die Stellen waren ebenfalls auf Kirchenkreisebene angesiedelt. Durch diese Arbeit gelang es in Verbindung mit engagierten Ehrenamtlichen vor Ort, eine Vielzahl der Neubürger in die Ev. Kirche einzubinden. Wo sich anderorts die Masse der Russlanddeutschen in freien Gemeinden organisierten, erlebten auf dem

Hunsrück und an der Mosel etliche Kirchengemeinden einen belebenden Zuwachs an neuen Gemeindegliedern.

Seit Jahrzehnten hat der Kirchenkreis ein zentrales Verwaltungsamt. Auch in anderen Arbeitsfeldern wie z.B. der Kirchenmusik unterstützt der Kirchenkreis als Anstellungsträger und Steuerungsebene die Gemeindegliederarbeit vor Ort.

Über viele Jahre hinweg waren diese beispielhaften Kooperationsstrukturen erfolgreich. Dies konnte gelingen, weil man auf Freiwilligkeit und Überzeugungskraft setzte. Es waren starke, selbstbewusste Presbyterien - im Raum Simmern mit einer bewusst reformierten Tradition - die diese Rahmenbedingungen schufen. Gerade der Respekt vor der Integrität der Presbyterien ermöglichte den Aufbau eines Kooperationsmodells, durch den der Kirchenkreis als intakte Solidargemeinschaft funktionierten konnte.

In der Vergangenheit wurden die meisten Elemente der landeskirchlichen Reformbemühungen von den Verantwortlichen im Kirchenkreis Simmern-Trarbach nicht als Bedrohung empfunden, weil man mit Fug und Recht sagen können: „Das haben wir doch bereits seit langem aus eigener Einsicht umgesetzt.“ Dies könnte sich durch die bisherigen Vorlagen zur Verwaltungsstrukturreform allerdings rasch ändern.

Simmern-Trarbach gehört nämlich zu den kleinsten Kirchenkreisen der Landeskirche im Blick auf die Gemeindegliederzahl - knapp 37.000 sind es aktuell. In einem Beschluss des Kollegiums des Landeskirchenamtes zur Verwaltungsstrukturreform liegt eine Diskussionsgrundlage vor, die auf der Arbeit der Fa. Kienbaum basiert, die als externe Beraterin engagiert wurde (Vgl. <http://www.ekir.de/verwaltungsstruktur/diskussionspunkte.php>). Gefordert wird in diesem Papier eine Mindestausstattung an Personal, das vor allem im Baubereich und für die Immobilienbewirtschaftung neu angestellt werden soll. Erhellend ist folgende Aussage: „Dem soll auch das Stichwort „strategisches Immobilienmanagement“ dienen. Gerade im Blick auf die Erzielung von angemessenen Renditen von gemeindeeigenen Wohnimmobilien ist großer Handlungsbedarf.“ - Will man sich an Beispiel an dem Gebaren privater Wohnungsbaugesellschaften nehmen? Neben der Forderung nach einer Mindestpersonalausstattung spielen Fallzahlen bei der Frage eine Rolle, welche optimale Größe eine effiziente Verwaltung haben sollte. Im Papier selbst wird darauf hingewiesen, dass nur 16 Kirchenkreise die Voraussetzungen hierfür erfüllen. Schaut man sich die Kirchenkreise der Ev. Kirche im Rheinland an, liegt die Gemeindegliederzahl dieser Kirchenkreise mindestens zwischen 70.000 und 80.000. Kirchenkreise mit weniger als 70.000 Gemeindegliedern werden durch den Hebel einer Verwaltungsstrukturreform zu Fusionskandidatinnen.

Angenommen, jene radikalreformerischen Kirchturmpolitiker mit dem betriebswirtschaftlichen Tunnelblick setzen sich mit ihren Vorstellungen durch. Simmern-Trarbach müsste dann entweder mit dem Kirchenkreis Trier - flächenmäßig der größte in der EKIR mit etwas mehr als 57.000 Gemeindegliedern oder dem Kirchenkreis an Nahe und Glan - auch ein Flächenkirchenkreis, getrennt durch dichtbewaldete Hunsrückhöhen von Simmern-Trarbach, mit knapp 60.000 Gemeindegliedern - fusionieren - (der ebenfalls benachbarte Flächenkirchenkreis Koblenz mit ca. 85.000 Gemeindegliedern dürfte kaum ein Interesse an einer Fusion haben). Das Ziel einer optimalen Verwaltung in einem Kirchenkreis wäre erreicht.

Doch was wäre der Preis? Ein intaktes Gebilde, das vorbildlich Kooperationsstrukturen realisiert hat in einem jahrzehntelangen, manchmal auch

mühsamen Prozess, würde zerschlagen. Einmal mehr wird deutlich, dass manche Kirchenreformer den Aspekt, dass Kirche im wesentlichen Kommunikation, Interaktion und Beziehungsgeschehen darstellt, zum Schaden dieser Kirche ausblenden. Eine Vielzahl von haupt- und ehrenamtlich Engagierten würde wertvolle Zeit, bei den Hauptamtlichen teure Arbeitszeit, in deutlich erhöhtem Umfang im PKW verbringen, was u.a. zu Lasten der Beziehungsarbeit vor Ort in den Gemeinden geht. Nur am Rande sei vermerkt, dass eine solche, durch Fusionen erzwungene Mobilität erhöhte CO²-Emissionen zur Folge hat. Da ziemlich viele mikroökonomisch betriebswirtschaftlich orientierte Personen in Politik und Wirtschaft so drauf sind und ausgerechnet mit dem Argument des demographischen Wandels, der um der Menschen willen eigentlich nach dezentralen Strukturen verlangt, alles mögliche zusammenlegen und fusionieren wollen, ist das in der Summe ein echtes Problem für unser Klima und unsere Umwelt. Wer solche Konzepte zu Lasten der Umwelt und der Beziehungen vor Ort umsetzt, sollte jedenfalls deutlich defensiver mit den Leitbegriffen des konziliaren Prozesses Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung umgehen. (Vgl. hierzu den Beitrag: Ein Planet vor der Pleite <http://www.zwischenrufe-diskussion.de/pages/politisches/ein-planet-vor-der-pleite.php>).

Wer intakte, vitale Gebilde wie den Kirchenkreis Simmern-Trarbach, der in vielem immer noch als ausstrahlungskräftiges Vorbild und Modell dienen könnte, in Frage stellt und in Fusionen nötigt mit dem fragwürdigen Argument, nur so könne eine effiziente Verwaltung gesichert werden, der setzt sich dem Verdacht aus, eine andere Kirche zu wollen - eine Kirche, die sich orientiert an dem an vielen Stellen nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten „reformierten“ öffentlichen Dienst. Im Übrigen ist die Causa Simmern-Trarbach ein Beispiel dafür, wie sich die unterschiedlichen Reformbaustellen gegenseitig in Frage stellen und konterkarieren können. Parallel werden im Augenblick die Themen „Personalplanung“ und „Verwaltungsstrukturreform“ diskutiert. Bereits hierbei erstaunt die fehlende Kohärenz der Reformüberlegungen.

Einige Anfragen an die bisher vorliegenden Vorstellungen zu Verwaltungsstrukturreform und zur Personalplanung

Dass die Kirchenkreise als mittlere Ebene gestärkt und im Blick auf die Personalplanung Steuerungsebene sein sollen, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als Legende mit relativ geringem Wahrheitsgehalt. Hier gilt wieder: gerade auch die Kirchenkreise, die die Vorstellung „ein Kirchenkreis - eine Verwaltung“ umgesetzt haben, sollen durch gesetzliche Vorgaben genötigt werden, eine Mindestpersonalausstattung vorzuhalten - sehr detailliert fordert die Vorlage der Fa. Kienbaum eine bestimmte Anzahl von Vollzeitstellen für die einzelnen Arbeitsbereiche der Verwaltung. Reicht die Finanzkraft nicht aus, diese Anforderungen zu erfüllen, soll im „Idealfall“ eine Fusion mit einem Nachbarkirchenkreis stattfinden oder zumindest mit diesem ein gemeinsames Verwaltungsamt betrieben werden. Die Kirchenkreise haben ganz offenkundig bei der Personalplanung, zumindest was die Verwaltung angeht, nicht mehr viel zu melden.

Eine ähnliche Tendenz gab es bereits bei den Pfarrstellenverteilungsrichtlinien, die von der Kirchenleitung im Mai 2008 beschlossen wurden. Eine Stärkung der mittleren Ebene wäre es gewesen, den Kirchenkreisen ein Kontingent an nicht-refinanzierten Pfarrstellen zuzuweisen und diesen die Verteilung selbst zu überlassen. Aktuell

erfolgt die Steuerung des Pfarrdienstes bis in die Gemeinden hin durch die Personalplanungskonferenz (Kollegium des LKA + Superintendent/innen), also durch die Landeskirche. Eigene Akzente können die Kirchenkreise lediglich dadurch setzen, indem sie im Rahmenkonzept für den Pfarrdienst die Relation von Gemeindepfarrstellen und nicht-refinanzierten Funktionspfarrstellen festlegen.

Offenbar gibt es bei einigen Akteuren auf der Ebene der Landeskirche die Sehnsucht, die Personalplanung nicht nur beim Pfarrdienst und bei der Verwaltung, sondern auch bei den anderen Berufsgruppen durch die Personalplanungskonferenz zu steuern. Dies wäre dann in der Tat ein Angriff auf die Finanzautonomie der Kirchenkreise, die nicht mehr souverän der jeweiligen Situation angemessen entscheiden könnten, wo sie mit welchem Personal Schwerpunkte setzen, sondern landeskirchlichen Vorgaben folgen müssten.

Die bisher bekannten Vorstellungen zur Verwaltungsstrukturreform gehen im Blick auf die Personalplanung genau in diese Richtung.

Es stellt sich die Frage, was die Verwaltung als gewiss wichtiges Arbeitsfeld in unsere Kirche dazu qualifiziert, im Blick auf die Personalplanung eine derart profilierte Sonderbehandlung zu erfahren. Hat man hier einen neuen „Schlüsselberuf“ in unserer Kirche entdeckt?

Ein weiterer, ziemlich elementarer Punkt löst bei Vielen, die Verwaltungserfahrung haben, Kopfschütteln aus: Wie kann man eigentlich auf die Idee kommen, die Umstellung auf NKF, die die Verwaltungen erheblich fordern wird und eine großangelegte Verwaltungsstrukturreform nahezu zeitgleich durchzuführen? - Bis 2015 soll die NKF-Umstellung abgeschlossen sein, nach den bisherigen Vorstellungen bis 2017 die Verwaltungsstrukturreform. Dies ist ein erneuter Hinweis auf die mangelhafte Kohärenz der unterschiedlichen Reformprojekte.

Der Grundkonflikt: Leitung durch gesetzlichen Zwang oder durch Kommunikation?

Rekowski war erstaunt über die von ihm wahrgenommene Vertrauenskrise. Am Anfang stand allerdings eine Misstrauenserklärung gegenüber der kirchlichen Basis, die von der Landeskirche ausging. 2005 formulierte die landeskirchliche Arbeitsgruppe zur presbyterial-synodalen Ordnung in ihrer Vorlage für die Landessynode vom Januar 2006 unter der Überschrift „Problembeschreibung“ bereits folgende Sätze:

- „Immer mehr Kirchengemeinden sind organisatorisch, fachlich und finanziell mit der Wahrnehmung ihrer Aufgaben überlastet.“
- „Kirchengemeinden tun sich schwer, auf weitgehende Kooperationen zuzugehen.“
- „Mitglieder der Presbyterien und der synodalen Leitungsorgane stellen fest, dass sie den zeitlichen Belastungen und schwierigen Entscheidungssituationen persönlich und fachlich nicht gewachsen sind. Es wird immer schwieriger, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für kirchliche Ämter und Funktionen zu gewinnen.“
- „Pfarrerinnen und Pfarrer sind häufig nicht in der Lage, die vielfältigen Leitungsaufgaben zu erfüllen, oder sie haben wenig Interesse an transparenter, kommunikativer und gemeinsamer Gemeindeleitung.“

- „Die Mitglieder kirchlicher Gremien reiben sich in immer neuen, ergebnislosen Gesprächen auf.“

Diese Sätze zeugen nicht gerade von Vertrauen gegenüber den Presbyterien und gegenüber der Pfarrerschaft. Sie dienen vielmehr als Begründung dafür, warum man die Uneinsichtigen, Unwilligen und Unfähigen an der Basis durch gesetzliche Regelung an die Kandare nehmen muss.

Wer so den Diskurs eröffnet, darf sich nicht wundern, wenn die kirchliche Basis darauf ebenfalls mit Misstrauen und Widerstand reagiert und viele die Faust in der Tasche machen, wenn Vertreter der Landeskirche von einer „Kultur der Wertschätzung“ reden. Wertschätzende Rede wird in dem Moment bis heute abgelöst von einer diskriminierenden und verletzenden Pauschalisierung, wenn die Notwendigkeit von neuen gesetzlichen Regelungen begründet wird. Der defizitorientiert Ansatz des gesamten Reformprozesses ist das Gegenteil von Wertschätzung und Vertrauen gegenüber Presbyterien, kirchlichen MitarbeiterInnen und Kreissynoden.

Wie in jeder Großorganisation gibt es auch in die Ev. Kirche im Rheinland Missstände. Tatsache ist auch, dass Kreissynodalvorstände, SuperintendentInnen oder die Kirchenleitung hiermit in konzentrierter Form konfrontiert werden. Menschlich kann man die Sehnsucht manches Superintendents nach gesetzlicher Handhabe gegenüber Sturköpfen oder Nachlässigen in den eigenen Reihen sogar verstehen. Zu beachten ist allerdings, dass sowohl mit der Begründung für neue gesetzliche Regelungen wie auch durch diese selbst engagierte, vitale Gemeinden, pflichtbewusste und kreative Pfarrerinnen, sowie kompetente Presbyterien und Kreissynoden mit betroffen sind. Es ist gewiss mühsamer und anspruchsvoller, dass Gespräch dort zu suchen, wo die Dinge nicht in die richtige Richtung laufen und hierbei auf die eigene Überzeugungskraft zu vertrauen. Vor allem aber richtet diese Methode der Leitung durch Kommunikation und Überzeugung keine Schäden dort an, wo engagierte Menschen in unserer Kirche ihre Arbeit tun.

Dass eine Kirche rechtlicher Regelungen bedarf, ist keine Frage. Recht sollte allerdings vorrangig Grenzen setzen und einen Rahmen vorgeben, innerhalb dessen sich kirchliches Leben entfalten und auch Alternativen jenseits des Mainstreams entwickeln kann. Unsere Kirche ist auf einem anderen Weg. Allein der gewachsene Umfang der Rechtssammlung macht deutlich, dass die Regulierungsdichte enorm zugenommen hat. Rechtliche Regelungen werden nun gefordert, um die Voraussetzungen zu schaffen, mit einer zuvor unbekanntem Intensität ins operative Geschäft der einzelnen Gemeinde und des einzelnen Kirchenkreises eingreifen zu können. Wenn gestandene Presbyterinnen und Presbyter das als Bevormundung empfinden und äußern: „Die da oben in Düsseldorf wollen uns immer mehr vorschreiben, was wir zu tun und zu lassen haben!“ darf man sich nicht wundern.

Die Bibel gibt eine andere Richtung vor und schreibt denen, die unsere Kirche leiten ins Stammbuch:

Weidet die Herde Gottes, die euch anbefohlen ist; achtet auf sie, nicht gezwungen, sondern freiwillig, wie es Gott gefällt; nicht um schändlichen Gewinns willen, sondern von Herzensgrund; nicht als Herren über die Gemeinde, sondern als Vorbilder der Herde.

1. Petrus 5,2.3